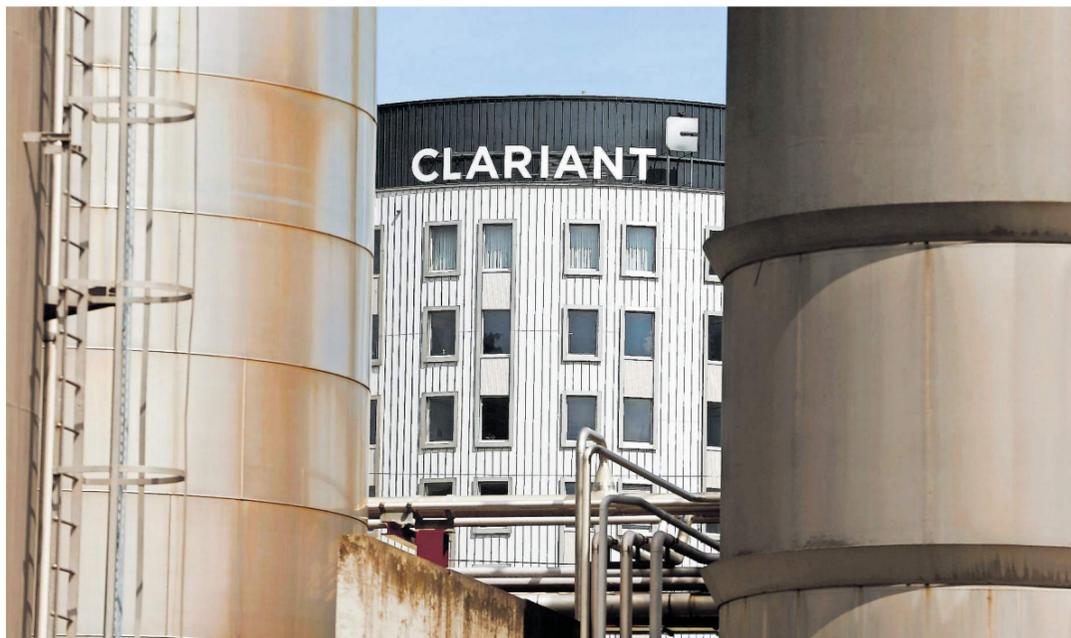


Die Milliardenklage der OMV

Kartell. Wegen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht verlangt die OMV von der Schweizer Clariant eine Milliarde Euro Schadenersatz.



Der Schweizer Konzern Clariant ist Marktführer bei Chemikalien für die Enteisung von Flugzeugen. Reuters/Arnd Wiegmann

VON MATTHIAS AUER

Wien. Im Juli 2024 wirkten die heimische OMV und der Chemiekonzern Clariant noch, als wären sie ein Herz und eine Seele. Gemeinsam gelobten die OMV und das Schweizer Unternehmen, das etwa führend bei der Herstellung von Chemikalien für Flugzeugenteisung ist, die Chemieproduktion in Europa nachhaltiger gestalten zu wollen. Die OMV solle mehr grünes Ethylen erzeugen, Clariant mehr von dem wichtigen Grundstoff für die Herstellung zahlreicher Chemieprodukte abnehmen. Doch mittlerweile hängt der Haussegen etwas schief: Wie am Dienstag bekannt wurde, fordert die OMV vor einem Amsterdamer Gericht eine Milliarde Euro an Schadenersatz von Clariant und drei weiteren Unternehmen. Worum geht es?

Illegales Käuferkartell

Das österreichische Unternehmen wirft den angeklagten Firmen vor, ein Einkaufskartell gebildet und so Preise am europäischen Ethylenmarkt jahrelang systematisch nach unten gedrückt zu haben. Ethylen ist die weltweit am häufigsten verwendete organische Verbindung mit einem Jahresverbrauch von rund 150 Millionen Tonnen. Es dient als Grundstoff für Müllsäcke, Textilien,

Baumaterialien, Kosmetika und Klebstoffe. Neben den Branchenriesen Dow Chemical, Shell und Total bietet eben auch die OMV Ethylen an. In den meisten Fällen wird der Rohstoff aus Erdöl erzeugt. Die OMV weitet seit 2021 in ihrer Raffinerie in Burghausen und seit Kurzem auch in Schwechat zudem ihre Kapazitäten für die erneuerbare und kreislauforientierte Produktion aus.

Auf Anfrage der „Presse“ bestätigt die OMV die Einreichung der Klage gegen Clariant, will zum laufenden Gerichtsverfahren aber keine weitere Stellung mehr nehmen.

Juristen sagen, dass die Klage jedenfalls keine Sekunde zu früh kam. Denn der tatsächliche Anlassfall liegt schon etliche Jahre zurück: Zwischen 2011 und 2017 haben Clariant, Celanese, Orbia und Westlake Chemical ein illegales Käuferkartell gebildet, um den monatlichen Vertragspreis für Ethylen zu manipulieren, stellte die EU-Kommission im Sommer 2020 fest. Dem vorangegangen war eine dreijährige Untersuchung der Wettbewerbsbehörden, bei der es auch zu Razzien in mehreren europäischen Ländern kam. „Dieses Kartell hatte das Ziel, die Preise zu manipulieren, die die Unternehmen für ihre Ethylenkäufe zahlten“, sagte Margrethe Vestager, die damalige EU-Wettbe-

werbskommissarin. „Die vier Unternehmen im Kartell haben sich abgesprochen und Informationen über Einkaufspreise ausgetauscht - das ist illegal.“

EU verhängte Millionenstrafe

Das Verfahren endete in einem Vergleich: Clariant, Celanese und Orbia einigten sich, 260 Millionen Euro an Kartellgeldbußen zu zahlen, um die Untersuchung der EU zu beenden. Unternehmen, die sich mit der Kommission einigen, erhalten eine reduzierte Geldstrafe, können im Gegenzug aber nicht gerichtlich gegen die Strafe vorgehen. Clariant bezahlte letztlich 156 Millionen Euro, Celanese wurde mit 82 Millionen Euro und Orbia mit 22 Millionen Euro belangt. Westlake Chemical ging straffrei aus, da das Unternehmen als Erstes die Behörden über das Kartell informiert hatte.

Clariant erklärte damals, dass „ein einzelner ehemaliger Mitarbeiter“ des Unternehmens gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen habe. „Infolgedessen wurde Clariant für dieses Verhalten haftbar gemacht und mit einer Geldstrafe belegt“, so das Unternehmen.

„Clariant bedauert den Vorfall zutiefst“ - und hoffte wohl, den Fall damit zu den Akten legen zu können. Doch nur wenig später rollten die

ersten zivilrechtlichen Klagen der mutmaßlichen Geschädigten an. Schon im Oktober 2023 hatte der britische Erdölkonzern Shell in Amsterdam eine Milliarde Euro an Schadenersatz eingefordert. Im heurigen Jahr - kurz vor Ende der Verjährungsfrist - reichte der deutsche Chemiekonzern BASF Klage vor einem Münchener Gericht ein und will 1,4 Milliarden Euro von den Kartellmitgliedern. Anfang Mai folgte Dow Europe, einer der größten Ethylenhersteller, ebenfalls in München. Streitwert in diesem Fall: 767 Millionen Euro - und nun eben die OMV.

Die private Klagewelle rollt an

Clariant weist die Vorwürfe entschieden zurück und will im Verfahren beweisen, dass das Verhalten der Parteien keine Auswirkungen auf den Markt gehabt habe. Man habe stichhaltige Beweise, dass keiner der Lieferanten tatsächlich zu Schaden gekommen sei, so das Unternehmen.

Bis die Schweizer aber einen Schlussstrich unter die Causa ziehen können, dürften noch etliche Jahre vergehen, sagt Sibylle Bischofberger, Analytikerin bei Vontobel. Clariant spürt die Auswirkungen der Klagewelle aber schon heute. In den vergangenen zwölf Monaten hat das Papier des Schweizer Unternehmens um 35 Prozent an Wert verloren.

URSCHITZ MEINT

VON JOSEF URSCHITZ

Der Streber und sein vergoldetes Ei

Überzogener Ehrgeiz beim Klimaschutz kommt uns wohl teuer zu stehen.



Bis zum Jahresende will die Regierung eine Industriestrategie für das Land ausarbeiten. Bis zum Jahresende! Ist ja nicht so, dass wir als einziges Industrieland seit drei Jahren in einer Dauerrezession stecken, die nicht so schnell zu Ende sein wird. Also nur net hudeh!

In dieser Strategie sollen dann, spät aber doch, die zentralen Bremsen für die Industrie angesprochen werden. Zum Beispiel der verhältnismäßig hohe Industriestrompreis. Der wird in vielen europäischen Konkurrenzländern etwa durch die EU-konforme Stromkostenkompensation gedämpft. In Österreich seit 2022 nicht mehr. Da gäbe es Handlungsbedarf. Wenn die Regierung allerdings wirklich etwas für die Wirtschaft dieses Landes tun will, dann kümmert sie sich rechtzeitig um das vergoldete Ei („Gold Plating“ nennt sich die Verschärfung von EU-Regelungen im nationalen Recht), das die grüne Ex-Umweltministerin Leonore Gewessler der Wirtschaft hinterlassen hat: Österreich will 2040 klimaneutral sein. Die EU erst 2050.

Das klingt zuerst einmal toll: Österreich als Vorreiter beim Klimaschutz. Blöd nur, dass dadurch auf europäischer Ebene in den folgenden zehn Jahren (bis die gesamte EU klimaneutral sein muss) kein einziges Gramm CO₂ eingespart wird. Denn was Österreich nicht mehr emittiert, steht im Rahmen des vereinbarten Burden Sharing in der verbleibenden Zeit den anderen zu. Großartig, nicht?

Es kommt aber noch dicker, denn das vergoldete österreichische Klimaziel geht, wenn nichts unternommen wird, in den EU-Rechtsbestand über. Was bedeuten würde, dass Österreich im Gegensatz zu den anderen EU-Ländern schon ab 2040 fette Strafzahlungen in Milliardenhöhe drohen.

Das Musterknabentum wird, so viel kann man sicher sagen, die Kosten der Transformation für Österreich (im Vergleich zu den umliegenden Ländern) kräftig erhöhen und ein nicht kalkulierbares Budgetrisiko für Strafzahlungen schaffen, ohne großen Klimanutzen zu erzielen. Großartig, nicht?

Für all das kann die aktuelle Regierung, die ja erst seit wenigen Monaten amtiert, natürlich nichts. Aber sie sollte sich diesen Dingen eher heute als morgen zuwenden. Mit ein bisschen Steuererhöhungen ist der Karren angesichts solcher Zukunftsaussichten nicht mehr flott-zubekommen.

E-Mails: josef.urschitz@diepresse.com

Hypo Vorarlberg vertraute bei Signa-Deals zu sehr

Bank. Die Kritik des Rechnungshofs betrifft vor allem einen 47-Mio.-Euro-Kredit an die Benko-Privatstiftung.

Bregenz. Die Hypo Vorarlberg hat bei der Vergabe von Millionenkrediten an die mittlerweile insolvente Signa-Gruppe zu großes Vertrauen walten lassen. Das stellt der Landes-Rechnungshof Vorarlberg (RH) in seinem am Dienstag präsentierten Prüfbericht zu den Geschäften der Bank mit der Signa-Gruppe fest. Kritisch sah der RH insbesondere einen 47-Mio.-Euro-Kredit an die Benko-Privatstiftung. Dem Land empfahl der RH, eine Strategie für die Hypo festzulegen.

Die Hypo Vorarlberg, die mehrheitlich im Besitz des Landes steht, war im vergangenen Jahr wegen der an die Signa-Gruppe vergebenen Kredite unter großen öffentlichen und politischen Druck geraten. Der Landtag sprach sich einhellig für eine Prüfung durch den Landes-Rechnungshof aus. Ende 2023 waren sieben Kredite - sechs Immobilienfi-

nanzierungen und das Darlehen an die Privatstiftung - mit einem Volumen von knapp 200 Mio. Euro offen.

Im Zuge der Insolvenzen gerieten Finanzierungen mit einem Volumen von 131 Mio. Euro in Ausfall, darunter auch der Kredit an die Privatstiftung. Wie hoch ein etwaiger Schaden ausfallen wird, wird erst in Jahren feststehen.

„Risiken und Auffälligkeiten“

Aber auch bei einem Totalausfall wäre das Geldinstitut nicht gefährdet und würde weiter alle gesetzlichen Vorgaben einhalten können, sagte Brigitte Egger-Bargher, die Direktorin des RH Vorarlberg. Die Hypo erwirtschaftete 2024 ein Ergebnis vor Steuern (EGT) in Höhe von 58,1 Mio. Euro (2023: 53,1 Mio.). Das Kreditvolumen belief sich in den vergangenen beiden Jahren auf 11,1 Mrd. Euro, die

Signa-Darlehen machten davon weniger als zwei Prozent aus.

Während der RH die von der Hypo vorgenommenen Immobilienfinanzierungen für „grundsätzlich angemessen abgesichert“ hielt, sah er beim Privatstiftungskredit „Risiken und Auffälligkeiten“. Das Vertrauen der Bank in die Angaben der Kundin habe aber überwogen, die Feststellungen von Signa seien „zu wenig objektiviert worden“, so Egger-Bargher. Auch sei die Qualität der Besicherung - sie bestand in Geschäftsanteilen an einer Holding - eingeschränkt gewesen.

16 Empfehlungen für die Bank

Bei wirtschaftlichen Problemen der Holding sei nämlich auch automatisch der Wert der Sicherheit gesunken. Wenn man Geschäfte mit höherem Risiko mache, so müsste nach Ansicht des Rechnungshofs der Kre-

ditvertrag entsprechend ausgestaltet werden, das sei in diesem Fall aber nicht geschehen.

Der RH gab 16 Empfehlungen an die Bank ab, die Hypo habe in der Zwischenzeit auch bereits Maßnahmen in die Wege geleitet. Diese würden etwa Risikoanalysen, Kundengruppen oder Engagement-Strategien betreffen. Laut RH sollte auch die Qualität der Kreditanträge gesteigert werden. Auch gelte es, die Intensivbetreuung zu verbessern. So habe die Hypo erst wenige Tage vor der Insolvenz der Holding der Kundengruppe Kündigungsmöglichkeiten geprüft. Neben der Hypo nahm der RH aber auch das Land in die Pflicht.

Es sei nicht klar, welche Interessen das Land mit seiner Mehrheitsbeteiligung von knapp 77 Prozent verfolge. Der RH empfiehlt, eine Strategie für die Beteiligung klarzustellen. (APA)